

Wie Deutschland wirtschaftlich ruiniert wurde

Ein Bericht aus dem Jahre 2010

Von Heiner Flassbeck

In der Rückschau auf 2003/2004 wirkt manches absurd, weil man sich die Verhältnisse und die geistige Disposition der meisten Akteure zu Beginn des dritten Jahrtausends heute nicht mehr vorstellen kann. Gleichwohl ist gerade jetzt eine gute Zeit für einen Rückblick, weil der Anfang der ruinösen Entwicklung an einem politischen Programm festgemacht werden kann, das paradoxerweise „Agenda 2010“ (elegant „zwanzigzehn“ von den damals verantwortlichen Politikern ausgesprochen) hieß.

Wie konnte es zu solch „kollektivem Wahn“ (so Albrecht Müller schon 2003) einer ganzen Gesellschaft kommen? Wie konnte man in den Jahren 2003/2004 mit großer Leichtfertigkeit die verhängnisvollen Fehler von 1929/30 wiederholen, obwohl gleichzeitig jeder, den man gefragt hätte, fest davon überzeugt gewesen wäre, die Lektion der ersten großen Krise gelernt zu haben? Welche Rolle spielte die ökonomische Wissenschaft, welche die Medien? Ich will anhand von einigen Beispielen erläutern, wie es zu der großen Konfusion kommen konnte, die den tiefen Fall der deutschen Wirtschaft und das Abrutschen in eine Deflation zur Folge hatte.

Der Ausdruck „Reformen“ war in Deutschland das Mantra, das spätestens seit der im Jahr 2000 einsetzenden Stagnation der Weltwirtschaft jeder vor sich hertrug, der glaubte, ökonomisch bis drei zählen zu können. So könne es nicht mehr weitergehen, war 2003 die unter „Fachleuten“ wie Laien fest verankerte Vorstellung, weil nach drei Jahren wirtschaftlicher Stagnation und fast fünf Millionen Arbeitslosen ein „Ruck“ durch die Gesellschaft gehen müsse, so das berühmte Wort eines Bundespräsidenten der 90er Jahre. Auf die nahe liegende Frage, um welche Reformen es denn konkret gehe, wussten die meisten nur noch einige Schlagworte von sich zu geben: Die Steuern waren zu kompliziert und zu hoch, die Sozialleistungen zu üppig, die Gesundheit zu teuer, die Rente zu unsicher und die Bürokratie, so die allgemeine Auffassung, hatte sich wie Mehltau übers Land gelegt.

So einfach war das scheinbar. Natürlich, es konnte ja gar nicht anders sein. Die Logik war der Alltagserfahrung entnommen: Wenn es einem Unternehmen oder einer Privatperson finanziell schlecht geht, was können die dann machen? Sie müssen den Gürtel enger schnallen. Wenn ein Unternehmen in Schwierigkeiten ist, muss es Arbeitskräfte entlassen, in Auftrag gegebene Maschinen abbestellen und außertarifliche Leistungen an seine Angestellten kürzen; es muss mithin dafür sorgen, dass die Kosten sinken. Daraus folgt, in dieser Vorstellungswelt, dass auch eine Stadt oder: ein ganzes Land, dem es

schlecht geht, kollektiv den Gürtel enger schnallen muss. Es hat sich eben zu viel geleistet, es hat über seine Verhältnisse gelebt. Es gab scheinbar nur diese eine Logik, und weil diese Logik für jedermann verständlich war, plapperte sie auch jedermann nach.

Das wäre nicht weiter schlimm gewesen, wenn sich die Volkswirte in Deutschland nicht zu einer Gemeinde zusammengeschlossen hätten, die dieses laienhafte, betriebswirtschaftlich verkürzte Verständnis von Wirtschaft jeden Tag bestätigte. Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts hatten sich die deutschen Ökonomen, ohne jeden äußeren Zwang, dazu entschlossen, das gesamtwirtschaftliche Denken über Bord zu werfen. Nach 40 Jahren Makroökonomie war Mikroökonomie angesagt und wurde, gründlich wie man in Deutschland ist, nicht als Ergänzung, sondern gleich als Ersatz für die ungeliebte Makroökonomie betrachtet. Spielte doch beim makroökonomischen Denken tatsächlich der Staat eine Rolle, den man allzu gerne ganz aus der Betrachtung der sich selbst regulierenden Märkte verbannen wollte.

Wie konnte man aber das gesamtwirtschaftliche Denken verbannen, ohne gewaltige wirtschaftspolitische Fehler zu machen? Stellen wir uns vor, ein Unternehmen schnalle seinen Gürtel enger, um aus den roten Zahlen zu kommen. Es entlässt Arbeitskräfte und streicht eine geplante Investition, storniert dazu eine schon bestellte Maschine. Ist die Geschichte dann zu Ende? Was passiert in der Gesamtwirtschaft? Die freigesetzten Arbeiter finden vielleicht nicht sofort einen neuen Job. Sie gehen folglich zum Arbeitsamt und erhalten, sagen wir, 65 % ihres Lohnes als Arbeitslosengeld. Die Arbeitslosen schnallen daraufhin ihren Gürtel enger, kaufen also etwa 35 % Güter weniger, weil sie ihre Ersparnisse nicht angreifen wollen. Das aber vermindert unmittelbar den Umsatz von Unternehmen, die diese Güter hergestellt haben. Das Arbeitslosengeld bezahlt der Staat, der aber – unter den Bedingungen der damaligen Sparideologie – keine höheren Schulden machen will und deswegen die Beamtengehälter kürzt oder öffentliche Investitionen streicht. Die Folge ist, dass auch dies zu sinkender Nachfrage nach Gütern oder Bauleistungen führt, was wiederum die Lage der Unternehmen verschlechtert. Das Gleiche gilt natürlich unmittelbar bei der Stornierung einer Maschine, mit deren Lieferung ein anderes Unternehmen schon fest gerechnet hat.

Wo auch immer etwas gekürzt und gestrichen wird, am Ende ist es die Lage der Unternehmen, die sich dabei verschlechtert. Unser Ausgangsunternehmen mag seine eigene Lage durch seine Kürzungsaktionen verbessern, die Unternehmen insgesamt verbessern ihre Lage dadurch nicht. Das ist der entscheidende Unterschied zwischen einer einzelwirtschaftlichen und einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung: Gesamtwirtschaftlich sind die Kosten des einen immer die Erträge des anderen und umgekehrt. Ein Unternehmer, der den Gürtel enger schnallt, malträtiert nicht nur sich selbst, sondern im gleichen Augenblick auch alle seine Unternehmerkollegen.

Das Gleiche gilt selbstverständlich auch für alle anderen Arten der Kostensenkung, sei es die Senkung der Löhne, den Abbau der so genannten Lohnnebenkosten, staatliche Subventionskürzungen oder den Sozialabbau. Immer sinken die Gewinne der Unternehmen, wenn das Sparen erfolgreich ist, weil

die Nachfrage abnimmt. Sparen und Kostensenkung, die große Wunderwaffe der politischen Laienspieler und der Unternehmensberater in den 90er Jahren, war – aus gesamtwirtschaftlicher Sicht – zwingend ein Rohrkrepiierer.

Eine der tieferen Ursachen für diese kollektive Konfusion ist sicherlich darin zu suchen, dass die „alte neoklassische“ Lehre aus den 20er Jahren, die die „moderne“ deutsche Wirtschaftspolitik damals dominierte, gar keine konkreten Gewinne der Unternehmen kennt. Diese Gleichgewichtsökonomie beschreibt einen gewinnlosen Zustand, es gibt lediglich „Anreize“ für Unternehmen und Arbeitnehmer, mehr zu arbeiten oder mehr zu investieren. Senkte man etwa die „Grenzsteuerbelastung“, die Belastung des letzten verdienten Euro mit Steuern und Abgaben also, erhöhte sich nach dieser Vorstellung der Anreiz zu investieren und zu arbeiten, ganz gleich, was mit der tatsächlichen Rendite eines Investors und dem Lohn eines Arbeiters geschieht. Richtige Gewinne, in dem Sinne, wie sie sich jeder Mensch ohne Ökonomiestudium vorstellt, gibt es in dieser Vorstellungswelt schlicht nicht. Es existiert beispielsweise kein Vorsprung, den ein Unternehmen vor seinen Konkurrenten erzielen kann. Es gibt keine Innovation, es gibt keine wirtschaftliche Macht, es gibt keine Entwicklung, sondern nur Stillstand oder bestenfalls ein vom Himmel fallendes stetiges Wachstum, das niemand erklären und niemand beeinflussen konnte. Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Die zentrale Theorie, mit der die (sich selbst so bezeichnende) „moderne“ Wirtschaftspolitik damals in Deutschland hantierte, und in deren Verfolgung sie von den Unternehmerverbänden heftig unterstützt wurde, sah die Existenz von richtigen Unternehmen überhaupt nicht vor.

Hausväterliche Vorstellungen

Damit erklärt sich auch das vollständige Versagen dieser Politik. Besonders deutlich wird das an der unendlichen Geschichte der Steuerreformen. Keine Regierung, die nicht zwischen 1980 und 2003 eine „Jahrhundertsteuerreform“ gemacht hätte. Das Resultat für Investitionen und Arbeitsplätze war verheerend. Geleitet allein von dem Anreizgedanken und ohne Rücksicht auf die konkrete wirtschaftliche Situation von Unternehmen und Haushalten, wurden die Steuersätze für Unternehmen und vermögende Haushalte massiv gesenkt und die Belastung der Arbeitnehmer erhöht.

Der andauernde Rückgang der Steuerbelastungen schlug sich jedoch im Verhalten der Unternehmen in Krisenphasen in keiner Weise positiv nieder. Anfang der 80er Jahre hatte man sich erhofft, die Investitionsneigung der Betriebe ließe sich mit solchen Steuervergünstigungen verstetigen. Das Auf und Ab der Konjunktur würde gebremst, die inländische Wirtschaft, so die Erwartung, würde ein Stück unabhängiger von der internationalen Entwicklung, wenn man die Betriebe entlastete. Nichts dergleichen trat ein. In der langen Stagnationsphase der Weltkonjunktur, die nach dem Börsendebakel im Jahr 2000 begann, reagierten die deutschen Unternehmen eher mit stärkeren Einschnitten in der Investitionstätigkeit als früher. Arbeitsplätze wurden min-

destens im gleichen Tempo wie früher abgebaut, die Klage über schrumpfende Gewinne und schlechte unternehmerische Perspektiven ertönte genauso laut wie zuvor.

Reformen im Bereich der Steuern also gab es in den letzten beiden Dekaden des vorigen Jahrhunderts in einem Ausmaß, das man sich Anfang der 80er Jahre nicht hätte vorstellen können. Sie haben aber alle nichts gebracht, weil jede Steuersenkung von Ausgabensenkungen oder Einnahmenerhöhungen an anderer Stelle begleitet war. Die Steuerentlastungen konnten gar nicht auf die Gewinne der Unternehmen durchschlagen. Sie verpufften, weil die Unternehmen in schlechten Zeiten nicht theoretische Anreize brauchen, sondern eine handfeste Verbesserung ihrer Lage. Das Einzige, was netto etwas gebracht hätte, wären Steuersenkungen „auf Pump“ gewesen. Die aber waren in Deutschland verpönt. Selbst im Sommer 2003, als die Regierung Schröder sich endlich entschloss, die für 2005 geplante Steuersenkung auf 2004 vorzuziehen und einen Teil davon über höhere Schulden zu finanzieren, wurde im Vollzug des Haushaltes 2004 am Ende so viel „gespart“, dass per Saldo wieder keine nennenswerte Entlastungswirkung übrig blieb.

Im Zentrum der Konfusion stand folglich zu Beginn dieses Jahrhunderts die schlechte hausväterliche Vorstellung, wem es schlecht gehe, der lebe über seine Verhältnisse. Daraus folgte, dass die Anpassung an die „neuen“ Verhältnisse wehtun muss, sollte sie am Ende gelingen. Das war für jeden halbwegs intelligenten Mensch so unmittelbar einleuchtend, dass eine breite „Reformbewegung“ entstand, die nichts anderes im Sinn hatte, als die scheinbaren Übertreibungen der *sozialen* Marktwirtschaft wieder rückgängig zu machen. Da die Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft dieser einzelwirtschaftlichen Primitiv-Ökonomie nicht energisch entgegentrat, sondern dieses Denken unterstützte, war die Krise vorprogrammiert. Jeder beliebige Zeitungsschreiberling und jeder TV-Experte konnte mit geschwellter Brust vortragen, was er immer schon über Wirtschaft sagen wollte und die wenigen verbliebenen Ökonomen, die gesamtwirtschaftliches Denken predigten, wurden kurzerhand in eine linke Ecke gestellt.

Solange ein solches herrschende Paradigma nicht von einer gewaltigen „Anomalie“ (Thomas S. Kuhn) erschüttert wird, also einer großen Krise im Gefolge des massiven Einsatzes der herkömmlichen Rezepte, bleibt das System der kollektiven Verdummung von Wissenschaft und Medien stabil. Selbst der rasche Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland auf fünf Millionen im Zuge der extrem langen Stagnationsphase von 2000 bis 2003 reichte noch nicht für eine Umkehr aus. Erst die akute Deflation und der erneute wirtschaftliche Rückschlag von 2004/2005, die vom Absturz des Dollarkurses ihren Ausgang nahmen, leiteten einen Prozess des Umdenkens ein.

Man fragt sich heute, warum es in den politischen Parteien und aus der Gewerkschaftsbewegung so wenig Widerstand gab. Über die „Agenda 2010“, die der damalige Bundeskanzler Schröder im März 2003 vorgestellt hatte, war zwar in den regierungstragenden Parteien sowie zwischen den Gewerkschaften und der Bundesregierung ein heftiger Streit entbrannt. In erster Linie ging es dabei aber um die Frage, ob das Maßnahmenpaket insgesamt „eine

gerechte Verteilung der Lasten“ vorsieht, ob es den Kern der „sozialen Marktwirtschaft“ in Frage stellt und ob nicht viel mehr „von denjenigen mit den breiten Schultern“ getragen werden müsse. Jedenfalls gelang es den Apologeten des engen Gürtels und der tiefen Schnitte immer wieder, die Auseinandersetzung auf dieses Feld hin- und damit von der Ökonomie wegzuziehen. Das Ergebnis stand fest, bevor die ersten ernsthaften Argumente hätten ausgetauscht werden können.

Diese Auseinandersetzung musste enden, wie alle Auseinandersetzungen dieser Art in den 30 Jahren zuvor. Kleine Retuschen wurden vorgenommen, die als soziales Feigenblatt erhalten mussten, während im Übrigen der Abbau des Sozialstaates unaufhaltsam voranschritt und auch von der Linken schließlich als unvermeidbar verkauft wurde. Was viele Gewerkschaftler und viele Linke bei SPD und Grünen damals nicht verstanden haben: Die Auseinandersetzung um Gerechtigkeit, das soziale Netz und Solidarität in der Gesellschaft ist vollkommen sinnlos in Zeiten hoher und steigender Arbeitslosigkeit.

In solchen Zeiten gilt jede Maßnahme, die 100 000 Arbeitsplätze schafft, als sozial; jeder Verzicht auf Lohn, auf soziale Absicherung oder auf Versicherungsschutz, der andere in Lohn und Brot bringt, als in höchstem Maße solidarisch. Massenarbeitslosigkeit schafft einen Tatbestand des Unsozialen, der das damals bei der Linken herrschende Argumentationsmuster in seinen Fundamenten erschütterte. Kein politischer Eingriff in bestehende Schutzrechte oder vorhandene soziale Absicherungen konnte mit Argumenten aus der Mottekiste der sozialen Absicherung, die aus den Zeiten der Vollbeschäftigung stammten, ernsthaft in Frage gestellt werden. In Zeiten der Arbeitslosigkeit hätte man die Auseinandersetzung mit der Ökonomie des Sozialstaat-Abbaus suchen müssen, wollte man nicht von vornherein chancenlos sein.

Die Linke und viele Funktionäre in den Gewerkschaften fanden nur schwer Zugang zu einer radikal anderen Ökonomie, weil sie selbst an die wunderbare Wirkung der Solidarität und der Umverteilung glauben wollten. Wäre es nicht schön, wenn man mit etwas Lohnverzicht oder Umverteilung von Arbeit anderen Menschen die Chance geben würde, wieder Arbeit zu finden? Wäre es nicht sinnvoll, die Lohnnebenkosten zu senken, um Arbeit wieder bezahlbar zu machen? Natürlich sollen die anderen auch verzichten, die mit den „breiten Schultern“, aber verzichten ist eigentlich gut und zudem ökologisch besonders wertvoll.

Da genau traf sich die herrschende Ökonomie der „tiefen und schmerzhaften Schnitte“ mit der Bereitschaft zur Solidarität bei der Linken und der Verzichts- und Sparideologie der Grünen. Beide vereinten sich zu einer Mixtur, die der real existierenden Wirtschaft den Garaus machen musste. Der Linken, mehr noch aber der grünen Bewegung, war der Keynesianismus als Alternative zur herrschenden Lehre der Wirtschaftswissenschaft bis zur zweiten großen Krise suspekt. Zwar begrüßten sie die besondere Rolle, die dort dem Staat bei der Stabilisierung der Gesamtwirtschaft zugewiesen wird. Wachstum, Einkommenssteigerungen für alle, ein florierender privater Konsum und damit der Verzicht auf jeden Verzicht – die zentralen Bestandteile dieser Theorie –, passten so wenig in das Weltbild der Linken und der Grünen, dass sie allzu

gerne nach Alternativen suchten, selbst wenn sie dabei Gefahr liefen, den Apologeten des Verzichts auf der anderen Seite der politischen Straße auf den Leim zu gehen.

So folgten 16 Jahren reiner Umverteilungspolitik von konservativer Seite tatsächlich sechs Jahre der Umverteilung in die gleiche Richtung von „fortschrittlicher“ Seite. Beide zusammen hatten 2004 ein desaströses Erbe hinterlassen, weil die Sozialdemokratie wieder (wie schon 1929/1930) nicht verstanden hatte, dass die Alternative zu einer Politik der Umverteilung von unten nach oben nicht eine Politik der sozial gerechteren Umverteilung von unten nach oben sein konnte. Nur Wachstum, hohe Gewinne und steigende Realeinkommen für alle hätten Arbeitsplätze schaffen können, nicht Umverteilung durch andauernden Verzicht der Arbeitnehmer.

Es ist im Nachhinein nicht leicht nachzuvollziehen, auf welchem politischen Nährboden dieser kollektive Verzichtswahn entstehen konnte, obwohl doch die Auswirkungen des gleichen Denkens einige Jahrzehnte zuvor schon einmal die Weltwirtschaft verwüstet hatten. Nichtsdestotrotz entstand angesichts der desaströsen Lage der öffentlichen Haushalte eine allgemeine Stimmung, bei der das soziale Netz, eine der wichtigsten Errungenschaften moderner Zivilisation überhaupt, nur noch als Hängematte angesehen wurde, die es Sozialschmarotzern erlaubte, auf Kosten der Allgemeinheit ein bequemes arbeitsloses Leben zu führen.

Das ist so, als ob alle Menschen glaubten, die Stoßdämpfer im Auto seien nur dazu da, die Insassen zu verweichlichen. Deren Rückgrat wird, so die tugendhafte Lehre von den stark machenden Härten, wegen mangelnder Belastung auf Dauer mehr geschädigt als ohne Stoßdämpfer. Dass der Stoßdämpfer für das Fahrzeug aber, wie das soziale Netz für die Wirtschaft, die viel wichtigere Aufgabe hat, das System Auto funktionsfähig zu halten, weil es die Achsen und den gesamten Aufbau des Wagens vor Schocks und allzu starken Erschütterungen schützt, wurde schlicht ignoriert. Fehlt der Stabilisator Staat, kann eine Marktwirtschaft nicht ohne dramatische Erschütterungen die Schocks überstehen, die, in der globalisierten Wirtschaft zumal, immer wieder von diversen Hindernissen auf dem Weg in eine (unbekannte) Zukunft ausgelöst werden.

Die Alterung als allgegenwärtige Drohung

Das Zweitschlimmste damals war der „demographische Faktor“. Kein Journalist, kein Meinungsmacher, kein/e Jung-Politiker/in der zunächst in der Regierung vertretenen Partei der Grünen, die Anfang dieser Dekade nicht im Schlaf hätten aufsagen können, wie die „Alterung“ der Gesellschaft die deutsche Wirtschaft im Jahr 2030, spätestens aber 2050 ins Unglück stürzen würde.¹ Dass es schon Ende 2004 so weit war, weil die Regierung mit klarem Blick auf den 50 Jahre entfernten Horizont die Stolpersteine vor ihren Füßen nicht sah, konnte man ja nicht wissen.

1 Die Demographie sei „ein besonders hungriger Wohlstandsfresser“, schrieb 2003 eine angesehene deutsche Wochenzeitung.

Die Ökonomie der Rente wurde in der allgemeinen Aufgeregtheit über die Alterung schlicht nicht diskutiert. Die neoklassisch orientierten Ökonomen hatten schon früh die Richtung vorgegeben: Nur private Vorsorge könne helfen, eine unerträgliche Belastung mit Rentenabgaben zu verhindern. Die Idee war so alt wie schlicht: Entschlossen sich heute die Menschen, mehr Geld als bisher zur Bank oder zum Kapitalmarkt zu tragen, weil sie in stärkerem Maße als früher selbst für ihre Zukunft vorsorgen wollen, dann stiege im gleichen Moment auch die Menge der Unternehmer, die dieses Geld in Sachanlagen investieren. Würde mehr investiert, könnten später auch höhere Renten bezogen werden, bzw. die Belastung bliebe auch dann erträglich, wenn die Alterung beginnt.

Aber wie soll man das verstehen? Heute zusätzlich gespartes Geld fördert nämlich das heutige Geschäft aller Unternehmer dieser Welt nicht, sondern verdirbt es. Ein Euro, den wir heute nicht ausgeben für Güter, die Unternehmen produzieren, mindert den Gewinn aller Unternehmen unmittelbar um genau einen Euro. Selbst wenn wegen zunehmender Ersparnisse der Zins für Kredite sänke, änderte sich an dem Sachverhalt nichts. Zwar könnte der Unternehmer sich den einen Euro nun natürlich etwas günstiger von der Bank oder am Kapitalmarkt leihen. Doch im Vergleich zum Nicht-Sparen bedeutet das lediglich, dass der Unternehmer nun Zinsen für den Euro bezahlen muss, den er umsonst bekommen hätte, wenn wir ihn ausgegeben und nicht gespart hätten. Investieren ist selbst bei sinkenden Zinsen teurer geworden. Der Anreiz zu investieren ist kleiner als im Fall ohne das Sparen.²

Bezieht man den Staat in diese Überlegung mit ein, gilt grosso modo das Gleiche. Legen wir unser Geld in Staatsanleihen an, statt es in die Rentenversicherung einzuzahlen, kann der Staat nur dann so viel ausgeben wie vorher, wenn er sich höher verschuldet. Die „moderne“ Kapitaldeckung ist dann logischerweise nur eine teure „altmodische“ Umlagefinanzierung. Will der Staat sich aber nicht höher verschulden, gibt er folglich weniger Geld als vorher aus oder erhöht die Steuern, kommt wiederum weniger Geld bei den Unternehmen an, mit den gleichen Folgen wie bei höherem Sparen der Privaten.

Wir sorgen durch das Sparen also gerade nicht für die Zukunft vor, sondern tun das Gegenteil. Das ganze damalige Räsonieren über vermehrte Kapitalanlagen war sinnlos. Die Volkswirtschaft als Ganzes kann nicht wie eine Kleinfamilie sparen. Sie kann kein Geldvermögen in die Zukunft transportieren, sondern nur Realkapital. Dessen Bildung wird aber durch den Versuch einer Gruppe, mehr Geldvermögen anzusammeln, klar behindert. Wie man in den 90er Jahren in den USA beobachten konnte, wird eher umgekehrt ein Schuh daraus: Wird weniger von den Privathaushalten gespart, investieren die

2 Nichts zeigt die Dimension der damaligen Konfusion in der Fachwelt besser, als der Vorwurf eines der intelligentesten Neoklassikers, des langjährigen Vorsitzenden des inzwischen aufgelösten Sachverständigenrats, Olaf Sievert, der mir, als dem in seinen Augen typischen Keynesianer, noch 2003 vorwarf, das Geldausgeben, das Konsumieren und nicht das Investieren unter Unsicherheit als das größte Problem der Ökonomie identifiziert zu haben. Das einem Schumpeterianer vorzuwerfen, ist schon erstaunlich. Aber selbst wenn es zuträfe, könnte es in der Sache überhaupt nur dann einen Vorwurf ergeben, wenn beide, das Konsumieren und das Investieren, vollständig voneinander unabhängige Entscheidungen wären. Das ist in der Tat die Fiktion mancher Neoklassiker. Vgl. Olaf Sievert, Vom Keynesianismus zur Angebotspolitik. Vortrag zum Festakt 40 Jahre Sachverständigenrat in Berlin, 2003 Ms., S. 5.

Unternehmen umso mehr in Sachkapital, weil der Konsumrausch der privaten Haushalte die Gewinne, das Sparen der Unternehmen also, gewaltig steigen lässt.

Die ganze politische Aufregung um die Rente erwies sich bald als Schimäre. Jede Rente ist nämlich kapitalgedeckt. Sie ist in jedem Finanzierungssystem gedeckt von dem Sachkapital, das genau zu dem Zeitpunkt Erträge abwirft, wo die Rente oder der Zins auf eine Anlage gezahlt werden soll. Eine andere Kapitaldeckung gibt es nicht. Wenn wir in 20 Jahren im Vergleich zu heute sehr viel mehr Rentner als Aktive haben, und die Rentner eine gleich gute Absicherung wie heute genießen sollen, dann müssen wir das auf die eine oder andere Weise bezahlen. Wir können die daraus entstehenden Lasten nur dadurch relativieren, dass wir heute viel in Sachkapital investieren und folglich 2030 so reich sind, dass Unternehmen und Arbeitnehmer 26 % Rentenbeitrag gut verkraften. Wollen wir es dennoch nicht bezahlen, müssen wir das mit den zukünftigen Rentnern ausmachen und ihnen erklären, dass sie mit weniger Rente im Vergleich zum Einkommen auskommen müssen als die heutigen Rentner, also trotz größerem Wohlstand relativ arm sein werden. Das ist eine Verteilungsfrage und – wie alle Verteilungsfragen – schwer zu lösen.

Den Menschen jedoch zu sagen, sie könnten diese Verteilungsfrage umgehen, indem sie ihre Groschen zusammenhalten, ist Scharlatanerie. Zum einen kostet das Sparen dann doch ganz konkret den Einzelnen etwas, nämlich die Minderung seines Konsums. Aber, was viel schlimmer ist, das Sparen gefährdet über die Minderung der Gewinne das Investieren und verschlechtert damit unmittelbar die Rendite, die der Einzelne von seinen Ersparnissen zu erwarten hat.

So ist es, wie wir heute wissen, am Ende ganz einfach: Es gibt ein reales Problem, das für 20 bis 30 Jahre in der Mitte dieses Jahrhunderts Überalterung heißt. Dessen Lasten kann man auf die eine oder andere Art verteilen. Man kann auch versuchen, das reale Problem durch reale Maßnahmen zu lösen. Eine reale Lösung liegt zum Beispiel in der Zuwanderung von mehr jungen Menschen aus Ländern, die umgekehrte Bevölkerungsverhältnisse haben. Der Königsweg ist natürlich die Steigerung der Geburten im Inland. Zu denken ist auch an eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit. All diese realen Maßnahmen setzen jedoch voraus, dass bis dahin das Problem der Arbeitslosigkeit vollständig gelöst ist, weil sonst keine dieser Maßnahmen greifen kann. Darauf hätten sich unsere Politiker daher schon Ende des letzten Jahrhunderts konzentrieren sollen, anstatt über Finanzierungstricks zu versuchen, das reale Problem zu verschleiern. Weil man aber Kapitaldeckung einführte, begannen die Menschen tatsächlich mehr zu sparen, und man verminderte so die Chance, einer Situation der Vollbeschäftigung näher zu kommen. Paradox ist: Nun hatte die Politik einmal nicht dem Klischee entsprochen, sich nur um den nächsten Wahltermin zu kümmern, sondern langfristig und vorausplanend agiert, und schon war es kräftig in die Hose gegangen. Die Politiker schienen damals offenbar geradezu besessen von der Langfristigkeit und – aus ihrer Sicht – Überschaubarkeit des Problems. Jeder versuchte offenbar, mit einer wirklich über den Tag hinausgreifenden Regelung in die Geschichte

einzugehen. Bei der Intellektualität von „demographischen Faktoren“, der Anschaulichkeit von Alterspyramiden und der einzelwirtschaftlichen Eleganz von Ansparmodellen hatte eine so lästige Frage wie die nach der Menge der Arbeitsplätze, die man für eine reale Lösung des Problems braucht, keine Chance auf einen Spitzenplatz in der politischen Agenda.

Staatliche Schulden als das Böse schlechthin

Das einzelwirtschaftliche Denken blieb für die strategische Ausrichtung der Finanzpolitik selbst dann dominant, als sich mehr und mehr herausstellte, dass die Schulden trotz massiver Sparanstrengungen weiter stiegen. Die Politiker und die herrschende Meinung in Wissenschaft und Presse konnten einfach nicht verstehen, dass es in einer modernen arbeitsteilig organisierten Wirtschaft niemals darum geht, ob man sich verschuldet, sondern immer nur darum, wer sich verschuldet: Wenn ein Teil der Bevölkerung spart, muss sich ein anderer Teil verschulden. Mit anderen Worten, niemand kann über seine Verhältnisse leben, wenn nicht ein anderer unter seinen Verhältnissen lebt, weil ja die vorhandene Gütermenge nur einmal konsumiert werden kann. Aus dieser einfachen und zwingenden Regel, nicht aus irgendeiner Theorie oder Ideologie, folgt, dass der Staat sich nur dann ohne Probleme schuldenfrei halten kann, wenn entweder die privaten Haushalte nicht sparen oder die privaten Unternehmen sich jederzeit so stark verschulden, dass sie die Ersparnisse der privaten Haushalte vollständig aufsaugen und investieren.

Fakt war damals wie heute, dass die deutschen Haushalte sparen. Sie sparten 2000 ff. sogar mehr als zuvor, weil sie unsicher waren und – unter anderem – die Regierung ihnen ständig einredete, nur über mehr Sparen könnten sie ihre Zukunft sichern. Ja, man belohnte seit der Rentenreform von 2001 zusätzliches Sparen sogar mit staatlichem Geld. In einem solchen Fall bleiben nur die Unternehmen als Rettungsanker. Die waren wegen des weltweiten Rückschlages aber auch unsicher, sparten ebenfalls, investierten weniger und wollten sich gerade nicht zusätzlich verschulden, weil die Welt voll war mit überschuldeten Unternehmen. Was passiert, wenn in dieser Situation auch der Staat das Sparen zu seiner obersten Tugend erklärt? Diese Frage hätte man beantworten müssen, wenn man in ernst zu nehmender Weise über Wirkung und Aussichten dieser Politik hätte sprechen wollen. Sie wurde aber nicht einmal gestellt.

Die Antwort ist brutal und einfach: Das reale Einkommen aller Beteiligten muss dauernd sinken bei dem Versuch, die miteinander unvereinbaren Sparpläne vereinbar zu machen. Wenn alle weniger ausgeben als sie einnehmen, sinkt nämlich zunächst das Einkommen der Unternehmen. Das ist leicht nachzuvollziehen: Die Unternehmen zahlen in jedem Monat über Löhne, Steuern und Sozialabgaben zu 100 % die Summe aus, die bei den Haushalten und beim Staat als Einnahme anfällt. Wenn die Haushalte aber jeden Monat 10 % der Löhne sparen, also zur Bank tragen, und der Staat sich nicht verschuldet, kommen jeden Monat weit weniger als 100 % der unternehmerischen Ausgaben als Einnahmen zu den Unternehmen zurück. Das Ergebnis nennt man

Verluste bei den Unternehmen. Das ist wiederum nur logisch: Wenn ein großer Sektor, wie die privaten Haushalte, unter seinen Verhältnissen lebt, muss ein anderer über seinen Verhältnissen leben, das können nur die Unternehmen sein, wenn der Staat per Saldo „solide“ ist. Versuchen nun einige Unternehmen, ihre Lage durch Sparen zu verbessern, verschlechtern sie nur die Lage anderer Unternehmen oder der privaten Haushalte, was wiederum die gesamte Lage verschlechtert und in allen Sektoren zu einer Spirale nach unten – bis zur Katastrophe – führt.

Darum geht es manchmal nicht ohne neue Schulden des Staates, wenn man aus einer misslichen Lage herauswill. Wer, wie Ende 2002 das Kanzleramt in einem Grundsatzpapier, allen Ernstes erklärt, auch im Falle weiterer externer Schocks höhere Steuern und Abgaben verhindern zu wollen, und neue Schulden ausschließt, sagt nichts anderes, als dass diese Schocks allein die Unternehmen tragen müssen. Entlassen diese daraufhin massenweise Arbeitskräfte, verändert selbst das ihre Lage nicht, weil Arbeitslose ohne Einkommen bei einem soliden Staat auch als Nachfrager vollständig ausfallen. Sicher werden auch die Banken in Mitleidenschaft gezogen, weil immer mehr Unternehmen Pleite gehen. Das macht aber scheinbar alles nichts, weil der Staat ja schuldenfrei ist. Das Ende ist ein solider Staat mit einer toten Wirtschaft. Keine Schulden, aber eine schwere Schuld.

Dieses Problem, Investitionen der Unternehmen zu initiieren, auch wenn von Seiten der privaten Haushalte gespart wird, ist immer zu lösen, wenn der Wohlstand wachsen und die Zahl der Arbeitsplätze ausreichen soll. Die Notwendigkeit, in diesem Sinne „Schuldenpolitik“ zu betreiben, ist vollkommen unabhängig von der Frage, wie hoch die Verschuldung des Staates insgesamt schon ist. Der damals gängige Einwand gegen aktive Defizitpolitik, die staatlichen Schulden seien ja schon so hoch, ist aberwitzig, weil ja trotz des hohen Schuldenstandes zu wenig staatliche Schulden bei anhaltenden Ersparnissen der Privaten am Ende nur zu mehr staatlichen Schulden oder dem Zusammenbruch der Wirtschaft führen können. Heute wissen wir wieder: Wird das Problem von Sparen und Investieren nicht gelöst, wird kein Problem gelöst.

Lehren

So war am Ende vielleicht alles ein großes Missverständnis: Die Unternehmen waren gegen den Staat, weil er ihr natürlicher Widersacher zu sein schien, und die Unternehmerschaft insgesamt nicht wissen kann, dass ihr in bestimmten Situationen nur der Staat zu helfen vermag, weil ihre Bordmittel systematisch versagen. Wer sich nicht wie Münchhausen am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen kann, braucht jemanden mit einer langen Rettungsleine. Man mag dann immer noch darauf beharren, dass der Retter nur gebraucht wird, wenn man im Sumpf steckt. Wenn man das aber nicht für alle Zukunft ausschließen kann, dann sollte man den Retter mit der Leine nicht prinzipiell zum Feind erklären und ihn jeder Handlungsfähigkeit berauben.

Es ist nicht erstaunlich, dass 1990 ff., wie in den 20er und in den 30er Jahren, die große Mehrheit der Unternehmer, der Wissenschaftler und der Politiker unerschütterlich von der Richtigkeit ihrer Position überzeugt waren und nur wenige sich davon lösen konnten. Das einzelwirtschaftliche Denken ist immer und überall dominant, wenn die Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft nicht ein starkes Gegengewicht dazu schafft. Das tut sie aber in der Regel nicht, weil das Dogma des sich selbst regulierenden Marktes zu stark und der immer währende Widerstand gegen unternehmerisches Denken für jeden Einzelnen zermürend ist.

Die Unternehmer selbst sind auch in der letzten Krise erst sehr spät zu den notwendigen Einsichten vorgedrungen – eine klare Parallele zur ersten großen Krise. Der Historiker Hans Mommsen schrieb 2002 in einem Artikel über die erste große Depression, die dem Börsenkrach von 1929 folgte: „Die historische Analogie zur Konstellation der Jahre 1930 bis 1932 lässt die Rolle der großagrarisches und -industriellen Interessengruppen in den Blick treten. Seinerzeit verwandten sie sich nachdrücklich für die Fortsetzung der Deflationspolitik auf Kosten der Sozialleistungen, und erst, als ihnen das Wasser bis zum Halse reichte, plädierten sie für Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur und zur künstlichen Kreditschöpfung.“ („Süddeutsche Zeitung“, 27.11.2002). Daraus folgt in der Rückschau ganz schlicht, dass Unternehmer und Unternehmensberater die schlechtesten Ratgeber für die Wirtschaftspolitik sind, die man sich denken kann.³

Was man aus der Krise der ersten Dekade dieses Jahrhunderts für die Zukunft zu lernen hat, ist einfach: Nie mehr darf das einzelwirtschaftliche Denken die Lösung gesamtwirtschaftlicher Probleme dominieren. Das ist leicht gesagt und schwer getan. Das hatten sich die Ökonomen schon nach 1929/30 geschworen und es wurde dennoch vergessen. Wilhelm Lautenbach, der in der 20er und 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts weltweit einer der wenigen Ökonomen war, der die Irrtümer der herrschenden Lehre in aller Klarheit durchschaute, schrieb 1945: „Es hat des ökonomischen Erdbebens, das 1929 über die ganze wirtschaftliche Welt hereinbrach, bedurft, um wenigstens einige Theoretiker aus dem dogmatischen Schlummer zu wecken, der die [...] ökonomische Wissenschaft fester umfassen hielt als der Zauber, der Dornröschen [...] bannte.“

Nach menschlichem Ermessen werden wir in einigen Jahrzehnten mit der gleichen Konfusion wieder zu kämpfen haben, in 2050, spätestens aber 2060, nachdem der jetzt zu feiernde Sieg des gesamtwirtschaftlichen Denkens und seine praktische Umsetzung wieder ein paar Jahrzehnte lang für Wohlstand und Vollbeschäftigung gesorgt haben.

3 Die deutschen Unternehmer wären schon 2002 gut beraten gewesen, die Argumente ihrer Funktionäre und ihrer Berater kritisch unter die Lupe zu nehmen. Niemand hätte von einer staatlichen Nachfragepolitik mehr profitiert als der Unternehmenssektor. Und kein Bereich wurde von der anhaltenden Flaute und der Deflation mehr unter Druck gesetzt. Wären damals alle dem Rat des bekannten und auch als Politikberater beliebten Unternehmensberaters Roland Berger gefolgt, die deutsche Wirtschaft wäre noch schneller ruiniert worden. Dieser Herr Berger sagte in einem Interview der „Süddeutschen Zeitung“ (22.5.2003) allen Ernstes, er fahre jetzt sein Auto ein Jahr länger und kaufe weniger ein, weil er den Menschen ein Vorbild sein wolle.